

## Nachrichten aus der Forschung

Richard Rohrmoser und Philipp Scherzer

### »The INF-Treaty of 1987. A Re-Appraisal«

Internationale Konferenz, veranstaltet von der Europäischen Akademie, Berlin, 30. November bis 2. Dezember 2017

<https://doi.org/10.1515/mgzs-2018-0086>

Am 8. Dezember 1987 unterzeichneten US-Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow in Washington den INF-Vertrag (INF=Intermediate Range Nuclear Forces). Darin einigten sich die beiden Supermächte auf die vollständige Vernichtung aller nuklear bestückten Flugkörper mit mittlerer und kürzerer Reichweite (500 bis 5500 Kilometer) und deren Produktionsverbot. Anlässlich des 30. Jahrestages dieses historischen Abrüstungsabkommens veranstalteten das Berliner Kolleg Kalter Krieg, das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, die Universität Mannheim, die Deutsche Stiftung Friedensforschung, die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung und die Humboldt-Universität Berlin eine Konferenz, die sich zum Ziel setzte, den INF-Vertrag durch aktuelle Forschungsansätze (neu) bewerteten zu wollen.

Als Mitveranstalter und Geschäftsführer der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung eröffnete *Wolfram Hoppenstedt* (Berlin) die Konferenz. In seiner Begrüßungsansprache rief er stichpunktartig Willy Brandts Engagement für die Überwindung des Ost-West-Konflikts in Erinnerung. Anschließend hielt Mitveranstalter *Bernd Greiner* (Berlin) die Eröffnungsrede, in der er besonders den Aspekt »Vertrauen« als einen Schlüsselfaktor für Abrüstung und Rüstungskontrolle betonte. Seiner Meinung nach basierte die von 1945 bis 1991 andauernde Auseinandersetzung zwischen den beiden Machtblöcken in Ost und West im Wesentlichen auf einem Mangel dieser Eigenschaft, weshalb bis zum Jahr 1987 alle Versuche zur substantiellen Reduzierung des internationalen Atomwaffenarsenals scheiterten. Greiner konstatierte ebenfalls, dass jedoch nicht allein die ideologischen Differenzen zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt als Analysekatoren für Vertrauen respektive Misstrauen ausreichten, sondern dass freilich die nukleare Rüstungspirale eine zentrale Rolle spielte. Insofern kam der INF-Vertrag im Dezember 1987 zur großen Überraschung der Weltöffentlichkeit, weil sich der sowjetische General-

---

**Kontakt:** Richard Rohrmoser, Universität Mannheim, E-Mail: [Richard.Rohrmoser@web.de](mailto:Richard.Rohrmoser@web.de)  
Philipp Scherzer, Freiburg i.Br., E-Mail: [ph.scherzer@gmail.com](mailto:ph.scherzer@gmail.com)

sekretär Michail Gorbatschow und US-Präsident Ronald Reagan nach einem rauen Start schließlich gegenseitiges Vertrauen bei Abrüstungsfragen schenkten.

Unter dem Titel »Turning Points until 1985« steckte sich die erste Sektion der Konferenz das Ziel, anhand dreier Perspektiven die Vorgeschichte des INF-Vertrages zu durchleuchten. *Leopoldo Nuti* (Rom) konzentrierte sich auf die Nachrüstungskrise als historischen Ausgangspunkt für die Genese des INF-Vertrages. Nuti forderte mit Nachdruck, das in der Forschung oft bemühte »Challenge-and-Response«-Narrativ – von der Stationierung der sowjetischen SS-20 im Jahre 1976 über den NATO-Doppelbeschluss 1979, dem Krisenjahr 1983 bis hin zum Abschluss der INF-Verhandlungen – zu überdenken. Diese Meistererzählung greife zu kurz und limitiere das Verständnis der Krise, weil es deren umfassende Vorgeschichte ausblende. Daher müsse insbesondere die vielfach betonte Zäsur der Indienststellung der SS-20-Mittelstreckenraketen im Jahre 1976 problematisiert und aufgeweicht werden. Mit Bezug auf die breitere Forschung zu den 1970er Jahren warb Nuti für eine überfällige neue Evaluation von Periodisierung und Verständnis der Nachrüstungskrise durch deren Einbettung in den historischen Zusammenhang einer Evolution des internationalen Systems seit den späten 1960er Jahren.

*Beth Fischer* (Toronto) reflektierte die Einschränkungen und Probleme ihrer vielzitierten These des »Reagan Reversal«, die bis heute das Verständnis des 40. US-Präsidenten nachhaltig prägt. Das Bild »zweier« Reagans – ein gegenüber der Sowjetunion bis 1983 scharf konfrontativ agierender und danach auf Aussöhnung setzender Präsident – müsse gerade mit Blick auf Reagans Hoffnung auf eine atomwaffenfreie Welt grundsätzlich überdacht werden. Nehme man diese seit Amtsantritt kommunizierte und sowohl von Zeitgenossen als auch der Forschung (mitunter bewusst) übergangene Vision des US-Präsidenten ernst, könne dessen scheinbar widersprüchliches außenpolitisches Auftreten bis und ab 1983 als aufeinander aufbauende Teile einer Gesamtstrategie weltweiter und umfassender nuklearer Abrüstung verstanden werden. Reagans Einsatz für den Abzug und die Verschrottung in Europa stationierter nuklearer Mittelstreckenraketen erkläre sich gerade dadurch, dass der US-Präsident den INF-Vertrag als erste Teilverwirklichung seiner Vision betrachtete.

Um Berücksichtigung der sowjetischen Vorgeschichte des INF-Vertrages bemühte sich *Tom Blanton* (Washington, DC). Ein besonderes Augenmerk legte er auf die veränderten Strategiepläne innerhalb des sowjetischen Generalstabs, die einen Nuklearkrieg in Europa bereits Mitte der 1970er Jahre als nicht führ- bzw. gewinnbar betrachteten. Die Abrüstung von Nuklearraketen mittlerer und kürzerer Reichweite, so das Kalkül der Militärs, würde die sowjetische Sicherheitslage erheblich verbessern, da hierdurch die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Pakts gegenüber dem Westen im Kriegsfall voll zur Geltung

käme. Blanton zeigte am Beispiel des Agierens von Generalstabschef Sergey Akhromeyev, dass jedoch erst Mitte der 1980er Jahre im Kontext der Machtübernahme Gorbatschows und der kommunizierten Gesprächsbereitschaft der Reagan-Administration ein politisches Klima geschaffen war, in dem entsprechende Konzepte in Richtung der kommunistischen Parteiführung kommuniziert werden konnten. Diese historisch einmalige Konstellation habe dazu geführt, dass sich sowohl Teile der sowjetischen Militärführung als auch Gorbatschow für eine Vernichtung nuklearer Mittelstreckenraketen einsetzten.

*Gabriele Metzler* (Berlin) leitete die öffentliche Podiumsdiskussion mit dem Titel »Der INF-Vertrag von 1987: Warum Abrüstung kein Hirngespinnst ist« an der Humboldt-Universität zwischen *Susanne Baumann* (Berlin), *Oliver Meier* (Berlin), *Otfried Nassauer* (Berlin) und *Andreas Wirsching* (München) ein. Zunächst drehte sich die Diskussion um die Frage, inwiefern sich die Situation seit Barack Obamas prestigeträchtiger Prager Rede aus dem Jahr 2009, in der er seine Vision einer atomwaffenfreien Welt verkündete, verändert habe. Dazu konstatierte Nassauer, dass statt der anvisierten »Denuklearisierung« tatsächlich eine »Renuklearisierung« mit Potenzial zur enormen Destabilisierung des internationalen Sicherheitssystems drohe, wogegen die Stellvertretende Beauftragte der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle Baumann widersprach. Meier erklärte ferner, dass Atomwaffen seit der vielzitierten Rede Obamas einen neuen Bedeutungszuwachs erfahren haben, weil die Militärtechnologie große Entwicklungsfortschritte gemacht habe. Anschließend wurde die Frage diskutiert, warum 1987 das in den INF-Vertrag resultierende Vertrauen zwischen den beiden Konfliktpartnern in Ost und West existierte, was Wirsching an diversen Beobachtungen festmachte: erstens befand sich die Sowjetunion in einer existenziellen ökonomischen Krise, zweitens betrachtete er Gorbatschow und Reagan als kongeniale Partner und drittens sei die Rolle der Friedensbewegung nicht zu unterschätzen. An dieser Stelle erörterte Nassauer, dass zwei Strömungen von Friedensbewegungen existierten: eine, die sich die Verhinderung der Raketenstationierung zum Ziel setzte, und eine, welche die Logik der Abschreckung zu bekämpfen versuchte. Dabei konstatierte er, dass die Agenda der zweiten Strömung, der »Kampf um die Köpfe«, zuletzt an Relevanz gewonnen habe. In einer weiteren Fragerunde hinsichtlich der Implikationen des INF-Vertrages erklärte Oliver Meier, dass dieses Abkommen ein Grundpfeiler der europäischen Sicherheitspolitik sei, dessen Auflösung in einen Kollaps verschiedener Folgeabkommen wie beispielsweise der Nicht-Verlängerung der START-Verträge resultieren könnte. Sowohl Nassauer als auch Wirsching ergänzten in diesem Kontext, dass deshalb eine stärkere Einbindung des nicht hinreichend respektierten Russland auf dem internationalen Parkett vonnöten sei. In der letzten Fragerunde über zukünftigen Handlungsoptionen erwiderte Baumann jedoch, dass aus US-ame-

rikanischer Perspektive Russland den INF-Vertrag bereits seit dem Jahr 2014 verletzen würde. Aus diesem Grund plädierte sie für diplomatische Mittel, um weitere negative politische Auswirkungen für Europa zu verhindern.

Das erste Panel des zweiten Konferenztages »Breakthrough to Disarmament: From Reykjavik to Washington, 1986–87« befasste sich mit den unmittelbaren diplomatisch-politischen Voretappen des INF-Vertrages aus amerikanischer und sowjetischer Perspektive. *Ronald J. Granieri* (Philadelphia, USA) schloss mit Verweis auf ein post-revisionistisches Verständnis von Reagan an die Ausführungen und Diskussionen des Vortages an. Granieri betonte, dass die erfolgreiche Annäherung der Supermächte für viele westliche Beobachter nur deshalb überraschend war, da ihr monolithisches, mitunter bewusst einseitig gehaltenes Verständnis des US-Präsidenten dessen vielfach kommunizierten nuklearkritische Überzeugungen ausklammerte. Aufgrund Reagans zweiteiliger, widersprüchlich erscheinender Strategie – Aufrüstung und Konfrontation als Basis für Verhandlungen – sei auch in seiner eigenen Administration ein Kampf um die Deutungshoheit über den »wahren« Reagan geführt worden. Die Verhandlungserfolge 1986/87 müssten daher zu großen Teilen auf die Leistung des US-Präsidenten zurückgeführt werden, sich gegen konservative Elemente in seiner eigenen Administration durchgesetzt zu haben.

Wie der Generalsekretär der KPdSU zur Überzeugung gelangte, seine seit Beginn seiner Machtübernahme stetig weiterentwickelten Vorstellungen nuklearer Abrüstung Wirklichkeit werden zu lassen, verdeutlichte *Svetlana Savranskaya* (Washington, DC). Gorbatschows Überzeugungen seien aufgrund zahlreicher Faktoren wie etwa der Unterstützung des Militärs für entsprechende Initiativen und dem Reaktorunglück von Tschernobyl gereift. Das Zustandekommen des INF-Vertrages könne im Kern, so Savranskaya, darauf zurückgeführt werden, dass Gorbatschow in Reagan einen kongenialen Verhandlungspartner fand. Wie sein amerikanisches Gegenüber habe auch Gorbatschow seine Vision breiter nuklearer Abrüstung gegen konservative Mitglieder seiner Regierung durchsetzen müssen. Die besondere Vertrauensbasis zwischen den Staatsmännern und ihrem jeweiligen Umfeld sei elementar für die erfolgreichen Verhandlungen gewesen.

Das Folgepanel thematisierte die soziopolitischen Dynamiken, die Friedensproteste und öffentliche Debatten im Kontext des INF-Vertrages. *Claudia Kemper* (Gießen/Hamburg) verdeutlichte unter Einsatz eines Webtools zunächst die enorme Virulenz der Schlagwörter »Peace« und »Security« in Publikationen der 1980er Jahre. Basierend auf dieser Prämisse verdeutlichte sie, dass in den US-amerikanischen Debatten sehr viele verschiedene Konzepte und Vorstellungen von »Frieden« und »Sicherheit« existierten und sich die US-amerikanische Friedensbewegung aus dementsprechend vielfältigen Gruppen konstituierte. So erklärte Kemper beispielsweise, dass Mitte der 1980er Jahre rund

5000 Friedensgruppen in den USA aktiv waren. Die bekannteste darunter stellte die »Freeze-Kampagne« dar, die sich ab 1980 in erster Linie die Durchsetzung einer Kongress-Resolution zum Ziel setzte, den US-Präsidenten von der Fixierung auf Nuklearwaffen abzubringen. Durch die Unterstützung zahlreicher Expertinnen und Experten sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erhielt die Kampagne in den Folgejahren substantielle Legitimation und Glaubwürdigkeit.

*Philipp Gassert* (Mannheim) schilderte, wie Bundeskanzler Helmut Kohl im Jahr 1987 nicht nur in Folge von internationalen, sondern auch aufgrund von nationalem Druck eine radikale Wende hinsichtlich einer lange verfolgten Sicherheitspolitik vollzog, die dem Zustandekommen des INF-Vertrages den Weg bereitete. Dabei handelte es sich in erster Linie um die Abrüstung von 72 Pershing-Ia-Raketen, die seit den 1960er Jahren in der Bundesrepublik stationiert waren. Während Verfechterinnen und Verfechter eines harten außenpolitischen Kurses diesen Beschluss stark kritisierten, übten Vertreterinnen und Vertreter des liberaleren Flügels der Union auf nationaler sowie Diplomaten der Sowjetunion auf internationaler Ebene Druck auf den Bundeskanzler aus. Mit der Entscheidung zur Abrüstung der Pershing-Ia-Raketen und der daraus resultierenden »doppelten Nulllösung« befand sich Kohl laut Gassert im Einklang mit der allgemeinen Öffentlichkeit, die die Existenz und Relevanz von Nuklearwaffen im Laufe der 1980er Jahre immer weiter in Frage stellte.

*Tapio Juntunen* (Tampere) beschrieb die Genese skandinavischer Friedensinitiativen sowie die Rezeption des INF-Vertrages aus der Perspektive der nordischen Staaten. Er veranschaulichte, dass auch im skandinavischen Raum das Jahr 1983 den Kulminationspunkt der Friedensbewegung darstellte und sich viele hunderttausend Menschen in den nordischen Städten an Großdemonstrationen beteiligten, die einen faktischen Einfluss auf die Politik hatten. Beispielsweise verfolgte Dänemark fortan eine sogenannte »footnote policy«, durch die der Staat die NATO bis ins Jahr 1988 lediglich in eingeschränkter Form unterstützte. Ein weiteres Beispiel nordischer Friedensinitiativen war die »Nordic-Nuclear-Free Zone«, die Anfang der 1980er Jahre insgesamt ca. zwei Millionen Skandinavierinnen und Skandinavier im Rahmen von Unterschriftenaktionen unterstützten.

Die anschließende Sektion unter dem Titel »Reactions of the Western Allies« konzentrierte sich primär auf politische Perspektiven Großbritanniens, Frankreichs und Westdeutschlands auf den Verhandlungsprozess des INF-Vertrages. *Oliver Barton* (London) analysierte die ambivalente Haltung der britischen Regierung gegenüber Fortgang und Abschluss der Konsultationen. Die Thatcher-Administration habe zwar von Beginn an die Tragweite der amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsbemühungen einzuordnen gewusst, zugleich aber mit Skepsis auf einen potentiellen Abzug der Pershing-II-Raketen reagiert, deren Bedeutung für die NATO-Abschreckungsdoktrin als zentral erachtet und für deren Stationie-

rung ein hoher politischer Preis gezahlt worden sei. Zwar waren für London im Kontext der INF-Verhandlung keinesfalls Wünsche nach weitreichender nuklearer Abrüstung vordergründig, jedoch wurde dem Zusammenhalt des westlichen Militärbündnisses Priorität eingeräumt, weshalb sich die Thatcher-Regierung schlussendlich hinter die Beschlüsse stellte.

*Christian Wenkel* (Artois) widmete sich den politischen, medialen und öffentlichen Reaktionen Frankreichs. Er skizzierte die Ausgangslage geprägt von diplomatischen Spannungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion nach der Amtsübernahme François Mitterands. Der französische Präsident konnte erst im späteren Verlauf der Nachrüstungskrise durch ein Neuverhandeln von Frankreichs Rolle als führende Nation in westeuropäischer Vermittlerrolle zwischen Ost und West aufbrechen. Als sich im Kontext der INF-Verhandlungen die Konsequenzen dieser Annäherungspolitik manifestierten, seien die Reaktionen in Paris jedoch zunächst von Skepsis geprägt gewesen, da Sorgen über eine mögliche Denuklearisierung Europas, einer Entkopplung europäisch-amerikanischer Sicherheitsinteressen und den Reaktionen einer gespaltenen französischen Öffentlichkeit überwogen. Letztendlich habe jedoch insbesondere Mitterand das Vertragswerk unterstützt, das er als historischen Wendepunkt des Kalten Krieges und als Grundlage für weitreichende Abrüstungsbemühungen insbesondere strategischer Nuklearwaffen verstand.

Die Sektion wurde mit der Darlegung westdeutscher Perspektiven zum INF-Vertrag durch *Tim Geigers* (Berlin/München) Beitrag vervollständigt. Geiger verwies zunächst auf die Maxime der Kohl-Genscher-Regierung, die Stabilität und Kohärenz des NATO-Bündnisses vor die insbesondere in der CDU/CSU-Fraktion verbreitete Opposition gegenüber der sogenannten Nulllösung zu stellen. Entsprechend hitzig sei die Debatte in der Bundesrepublik verlaufen, nachdem Gorbatschow im Frühling 1987 den Vorschlag einer Doppelnulldlösung, die auch die Vernichtung von Kurzstreckenraketen vorsah, in die Verhandlungen einbrachte. Erst erhöhter europäischer Druck und Niederlagen in Landtagswahlen hätten zu einem Umdenken in der Union geführt. Geiger argumentierte weiter, dass Kohls Eingehen auf Gorbatschows Wunsch, die 72 in Westdeutschland stationierten Pershing-Ia-Raketen in das Vertragswerk zu integrieren, nicht nur für das letztendlich zügige und erfolgreiche Zustandekommen des INF-Vertrages mitverantwortlich war, sondern vielmehr eine grundlegende Vertrauensbasis schuf, die die Lösung der »deutschen Frage« am Ende des Jahrzehnts erst ermöglichte.

Das fünfte Panel beschäftigte sich mit den Perspektiven weiterer Staaten des Warschauer Paktes auf den INF-Vertrag. *Wanda Jarzabek* (Warschau) erklärte, dass in Polen das Interesse an jedweder Form der Rüstungsbegrenzung sowohl in der Zivilgesellschaft als auch in der Politik besonders groß war. Angesichts der

Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges fürchtete sich die Bevölkerung vor einem neuen Krieg. Vor allem mit Blick auf die territorialen Lage ist die Angst in Polen vor einem militärischen Schlagabtausch im Ost-West-Konflikt nachvollziehbar. Allerdings hatten Politikerinnen und Politiker sowie deren Friedensinitiativen grundsätzlich nur einen relativ kleinen Aktionsraum, sodass Polen bei den INF-Verhandlungen lediglich eine beobachtende Rolle zukam.

*Hermann Wentker* (Berlin/München) veranschaulichte die anfänglich ambivalente Einstellung der Deutschen Demokratischen Republik in Bezug auf Gorbatschow: Zum einen war die DDR im Einklang mit den Abrüstungsbestrebungen des Generalsekretärs der KPdSU. Zum anderen fürchteten führende SED-Politiker, dass Gorbatschows Reformpolitik die DDR in ihrer Existenz bedrohen könnte. Die ostdeutsche Zivilgesellschaft sprach sich jedenfalls für Gorbatschows Abrüstungs- und Friedenspläne aus. Nach außen demonstrierte die DDR-Führung Solidarität mit der Friedenspolitik der Sowjetunion. Vor allem nach Gorbatschows Verzicht auf die Verbindung von Verhandlungsergebnissen über den Abbau nuklearer Mittelstreckenraketen mit den Verhandlungen über Reagans SDI (Strategic Defense Initiative) unterstützte Honecker den Kurs der Sowjetunion aus wirklicher Überzeugung.

Die letzte Sektion der Konferenz befasste sich zunächst mit der Frage der Umsetzung der Bestimmungen des INF-Vertrages und diskutierte damit einen Aspekt seiner Geschichte, der von der Historiografie bis heute erstaunlicherweise kaum beachtet wurde. *William Alberque* (Brüssel) legte dar, dass die USA zwischen 1963 und 1968 im »Project Cloud Gap« Szenarien durchspielten, wie die Inspektion von Waffenfabriken in feindlichem Gebiet geplant und durchgeführt werden könnten. Dieser Erfahrungsschatz sei maßgeblich für die Bewältigung der Inspektionen der im INF-Vertrag festgelegten Verschrottungsvorgaben gewesen. Denn die Herausforderungen für die 1988 gegründete »On-Site Inspection Agency« waren enorm: Niemals zuvor musste die bürokratische und organisatorische Höchstleistung vollbracht werden, innerhalb kürzester Zeit Hunderte von Mitarbeiter auszubilden und detaillierte Pläne für die Inspektion von ca. 130 Nuklearstätten im gesamten sowjetischen Staatsgebiet auszuarbeiten. Umso bemerkenswerter erscheine es, dass es den USA gelang, in den ersten 60 Tagen 114 Inspektionen erfolgreich durchzuführen.

*Oliver Bange* (Berlin) nutzte den Abschlussvortrag dafür, die wenig diskutierte Folgegeschichte des INF-Vertrages seit Ende des Kalten Krieges hervorzuheben und dabei die bis in die Gegenwart hineinreichende fundamentale Bedeutung als Grundlage für die neue europäische Sicherheitsstruktur zu verdeutlichen. Die Vernichtung der nuklearen Mittelstreckenraketen müsse als Ausgangspunkt für multi- und bilaterale Folgeabkommen wie KSE- und START-Verträge und damit als Fundament für Europas Sicherheit im 21. Jahrhundert

verstanden werden. Der INF-Vertrag beziehe seine weitreichende Bedeutung daher primär aus dieser Symbolkraft, da dessen heutige militärpolitische Signifikanz durch moderne Waffensysteme ohnehin fragwürdig sei. Ein gegenwärtig kaum mehr auszuschließendes Scheitern des Vertragswerkes würde, nachdem Russland bereits 2015 den KSE-Vertrag aufkündigte, eine grundsätzliche Neukonfiguration der europäischen Sicherheitsstrukturen erfordern – ein, wie Bange verdeutlichte, aufgrund der zu erwartenden fragilen, ergebnisoffenen und hohe Risiken bergenden Übergangsphase besorgniserregendes Szenario.

In der Abschlussdiskussion erinnerte Greiner erneut an die essentielle Bedeutung von Vertrauen in Fragen von internationaler Abrüstung und Rüstungskontrollen. Ferner betonte er die Volatilität von Vertrauensbildungsprozessen, da ein über lange Zeit hin entwickeltes Vertrauen innerhalb von Sekunden zerstört werden könne. Infolge der vielen neuen technologischen Entwicklungen im Rüstungsbereich sei das Vertragssystem der internationalen Sicherheitspolitik insofern durchaus bedroht. Philipp Gassert plädierte in diesem Kontext für eine gründliche Reflexion, um ein derartiges Szenario zukünftig auszuschließen. Bange sekundierte diese Einschätzung hinsichtlich des gegenwärtigen schlechten Stands der amerikanisch-russischen Beziehungen und erklärte, dass sich eine Abwärtsspirale in der internationalen Politik nur sehr schwer stoppen lasse. Nassauer ergänzte diesen Gedanken durch den Hinweis, bei der Interpretation des Endes des Kalten Krieges nicht zu sehr die Analysekategorien »Sieger« und »Verlierer« zu betonen. Bei der resümierenden Bewertung des INF-Vertrages erklärten einige Diskutierende, dass der INF-Vertrag in Sinne einer vertrauensbildenden Maßnahme eine notwendige, aber nicht hinreichende Begründung für das Ende des Kalten Krieges war. Insofern sprachen sie sich auch dafür aus, den Grund für das Ende des Kalten Krieges nicht nur im INF-Vertrag, sondern in größeren historischen Kontexten zu suchen. Abschließend wurden Stimmen aus dem Plenum laut, dass die Geschichtsforschung einen präziseren Terminus für die Phase nach dem Ende des Kalten Krieges (er)finden müsse.